

## Inhalt

Sommerausgabe	1
Aktuelles	2
Nachrichten aus Brüssel und vom CEEP	3
EU-News im Überblick	5
Stand zum Thema Freihandelsabkommen	9
Kontakt	12

## Sommerausgabe

Wir wünschen allen Mitgliedern, Leserinnen und Lesern einen schönen Sommer. Erholen Sie sich gut!

Ihre

bvöd-Geschäftsstelle



## Impressum

Bundesverband Öffentliche  
Dienstleistungen - Deutsche  
Sektion des CEEP e.V. (bvöd)

Invalidenstraße 91  
10115 Berlin

fon: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 0  
fax: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 29  
email: [info@bvoed.de](mailto:info@bvoed.de)  
[www.bvoed.de](http://www.bvoed.de)

## Aktuelles

### bvöd: Neues ZögU-Sonderheft erschienen



**Baden-Baden/Berlin, 10. Juli 2015.** Neuerscheinung: ZögU-Sonderheft, Beiheft 45 der Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen unter dem Titel „Nachhaltigkeitsmanagement und Nachhaltigkeitsberichterstattung öffentlicher Unternehmen“ ist soeben erschienen.

[zum vollständigen Artikel](#)

### EU-Parlament nimmt Resolution zu TTIP an



**Straßburg, 8. Juli 2015.** Im zweiten Anlauf hat das Europäische Parlament am 8. Juli 2015 die Vorschläge zu den Verhandlungen des Freihandelsabkommens TTIP angenommen. Damit spricht es sich zwar für den Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA aus, fordert gleichzeitig jedoch eine grundlegende Reformierung des Investorenschutzes.

[Zum vollständigen Artikel](#)

### CEEP positioniert sich zur aktuellen Lage



**Brüssel, 30. Juni 2015.** In einer Pressemitteilung zu der Verkündung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rats sowie der Pressekonferenz Jean-Claude Junckers bekräftigte der CEEP abermals seine Unterstützung für das „Europäische Projekt“ und verpflichtete sich, dieses im Rahmen seiner Möglichkeiten voranzutreiben.

[zum vollständigen Artikel](#)

### Europäische Kommission fördert Verkehrsinfrastruktur



**Brüssel, 29. Juni 2015.** Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag über die Bereitstellung von EU-Mittel in Höhe von 1,3 Milliarden Euro für 276 Verkehrsprojekte vorgelegt.

[zum vollständigen Artikel](#)

### Europäische Kommission: Umbau der Führungsebene



Brüssel, 24. Juni 2015. Die Europäische Kommission hat in einem sogenannte „Reshuffle“ die Umbesetzung ihrer oberen Führungsebene beschlossen. Der Niederländer Alexander Italianer, früherer Generaldirektor der Generaldirektion (DG) Wettbewerb, wurde zum Generalsekretär ernannt

[zum vollständigen Artikel](#)

## Nachrichten aus Brüssel und vom CEEP

### Valeria Ronzitti zur Generalsekretärin des CEEP wiedergewählt!

Valeria Ronzitti wurde in der Generalversammlung des CEEP am 20. Mai 2015 als Generalsekretärin bestätigt. Frau Ronzitti war 2012 zur Generalsekretärin gewählt worden. Ihr Mandat wurde bis 2018 verlängert.

### Konferenz zu öffentlichen Dienstleistungen in Europa – Diskussion zu Maßnahmen zur Steigerung von Investitionen

Vom 20. bis 21. Mai 2015 fand die zweite Ausgabe des *Public Services Summit* statt. Das Ziel des Gipfels war, einen Meinungsaustausch zwischen Erbringern öffentlicher Dienstleistungen und Vertreter der europäischen Politik zu ermöglichen.

Die Modernisierung der öffentlichen Dienste, vor allem durch Digitalisierung, stand dabei im Mittelpunkt. Digitalisierung, so der allgemeine Konsens, sorgt für erhöhte Effizienz der öffentlichen Dienste.



Für Valeria Ronzitti, Generalsekretärin des

CEEP, sind die öffentlichen Dienste das Rückgrat der europäischen sozialen Marktwirtschaft. Sie betonte, dass eine der Hauptaufgaben des CEEP sei, die „neue Generation öffentlicher Dienste“ zu begleiten.

Hier die umfangreiche [Zusammenfassung](#).

### Sozialpartner Anhörung zum „Mobility Package“ der Europäischen Kommission in Brüssel

Während der Anhörung zum Paket zur Arbeitskräftemobilität am 5. Juni in Brüssel erläuterten die Sozialpartner ihre Vorstellungen und Vorschläge.

Thematisiert wurden Fragen zur Freizügigkeit und dem Entsenden von Arbeitskräften; das Ziel soll dabei sein, bessere Bedingungen für die Arbeitskräftemobilität innerhalb Europas zu schaffen. Gleichzeitig soll es Staaten erleichtert werden, Betrug und Missbrauch bei der Entsendung von Arbeitskräften und dem Zugang zu Sozialversicherungsleistungen zu verhindern.

Da die Sozialpartner eine zentrale Rolle bei der Ausgestaltung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen sowie bei der Modernisierung der Sozialschutzsysteme spielen, sind sie aufgerufen, eigene Vorschläge für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit zu unterbreiten.

Schwerpunkte sind:

- Überwachungsmechanismen zur Einhaltung der Entsenderichtlinie (96/71/EC)
- Gestaltung nationaler Vorschriften zu Haftung bei Untervergabe
- Ausgestaltung der Arbeitnehmerrechte

### **IMCO Ausschuss diskutiert Richtlinie zu Zahlungsverzug**

Am 23. Juni 2015 diskutierten der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz im Europäischen Parlament (IMCO) und Vertreter der Kommission die Richtlinie zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr.

Schwerpunkt der Diskussionen war die Anwendung dieser Richtlinie, die in manchen Mitgliedsstaaten trotz vollständiger Umsetzung, nicht erfolgt. Dies sei vor allem in Italien, Spanien und Griechenland der Fall. Ein Bericht hierzu wurde vom Parlamentarischen Wissenschaftlichen Dienst veröffentlicht, welcher [hier](#) nachgelesen werden kann.

CEEP beschäftigt sich intensiv mit diesem Thema und wird dazu Stellung nehmen.

### **CEEP Fragebogen zu Nachhaltigem Wachstum und der Schaffung „grüner Arbeitsplätze“**

Nachhaltiges Wachstum und die Schaffung von sogenannten „grünen Arbeitsplätzen“ – das sind zwei der aktuellen Themenschwerpunkte auf europäischer Ebene. Die europäischen Institutionen setzten sich für die Förderung solcher Arbeitsplätze ein, allerdings herrscht Konsens darüber, dass es an konkreten Vorbildern fehlt. Deswegen stellt CEEP einen Leitfaden mit „Best Practices“ zusammen, in dem konkrete Fallbeispiele für nachhaltiges Wachstum und dadurch generierte Schaffung von Arbeitsplätzen vorgestellt werden. Zu diesem Zweck ruft CEEP seine Mitglieder auf, einen entsprechenden Fragebogen auszufüllen. Den Fragebogen und weitere Informationen zu dem geplanten Leitfaden finden Sie [hier](#).

## EU-News im Überblick

---

### Strategie für einheitlichen digitalen Binnenmarkt

Die EU-Kommission stellte am 6. Mai 2015 ihre Strategie für einen einheitlichen digitalen Binnenmarkt (Digital Single Market) vor. Darin machte sie unter anderem Vorschläge für verbesserte Rahmenbedingungen zum Ausbau digitaler Infrastruktur.

Die Analyse des europäischen Telekommunikationssektors zeigt, dass das Investitionsniveau in diesem Bereich gering ist; der Infrastrukturwettbewerb ist schwach ausgeprägt. Kommunen werden als Treiber infrastrukturbasierter Wettbewerbs ausgemacht, da immer mehr kommunale Unternehmen im Rahmen der Daseinsvorsorge Verantwortung übernehmen und leistungsfähige Infrastruktur ausbauen. Letztere ist die Basis für innovative und moderne Dienstleistungen in Europa.

Die Strategie erstreckt sich über drei Bereiche:

- Besserer Online-Zugang für Verbraucher und Unternehmen zu Waren und Dienstleistungen in ganz Europa
- Schaffung der richtigen Bedingungen für florierende digitale Netze und Dienste
- Bestmögliche Ausschöpfung des Wachstumspotenzial der europäischen digitalen Wirtschaft

Eine [Zusammenfassung](#) der Initiativen können auf der Seite der Kommission nachgelesen werden.

### Europäisches Semester: Länderspezifische Empfehlungen der Kommission

Im Rahmen des Europäischen Semesters zur haushalts- und wirtschaftspolitischen Koordinierung legte die EU-Kommission am 13. Mai Empfehlungen für die Jahre 2015 und 2016 vor. Die Empfehlungen für Deutschland betreffen u.a. die Steuereinnahmen und Investitionen der Kommunen.

[zum vollständigen Artikel](#)

### Mehr Offenheit und Transparenz in EU-Rechtsetzung

Am 19. Mai 2015 beschloss die Europäische Kommission ihre Agenda für eine bessere Rechtssetzung.

Diese Priorität der neuen Juncker-Kommission, mit der der Erste Vize-Präsident, Frans Timmermans, beauftragt ist, soll die Rechtsetzung und auch die Beziehungen zwischen den verschiedenen EU Institutionen verbessern, indem sie sich auf Regelungen beschränkt, die "praxistauglich und für alle von Nutzen sind, ohne diejenigen zu überlasten, die sie befolgen müssen".

Das umfassende Reformpaket soll Offenheit und Transparenz im EU-Entscheidungsprozess fördern, die Qualität neuer Rechtsvorschriften dank besserer Folgenabschätzungen von Gesetzesentwürfen und Änderungsvorschlägen verbessern und für eine ständige und kohärente Überprüfung des geltenden EU-Rechts sorgen, um damit die Ziele der Unionsmaßnahmen möglichst wirksam und effizient zu erreichen.



Schließlich wird das Programm zur Gewährleistung von Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT) gestärkt um Schwachstellen, wie mangelnde Effizienz und unnötiger Verwaltungsaufwand zu ermitteln und so Kosten und Nutzen einer Maßnahme besser beziffern zu können.

CEEP begrüßte diese Entscheidung in einer [Stellungnahme](#) und forderte eine stärkere Einbindung der Sozialpartner in das REFIT Programm.

### **Veröffentlichung der „Roadmap Circular Economic Strategy“**

Diesen in [vorläufiger Version](#) vorliegende Plan für eine überarbeitete Kreislaufwirtschaftsstrategie will die Kommission Ende 2015 endgültig veröffentlichen. Das Dokument enthält noch keine präzisen Angaben, wie die Strategie verbessert werden soll, es verweist lediglich auf die Tatsache, dass in dem in 2014 verabschiedeten Paket der Schwerpunkt vor allem auf Abfallentsorgung lag. Die neue Strategie soll sich nun ebenfalls mit Produktpolitik und der Entwicklung von Märkten für sekundäre Rohstoffe beschäftigen. Außerdem soll es länderspezifische Vorschläge zur Abfallentsorgung geben.

### **EU-Bürgerbeauftragte eröffnet Untersuchung, um die Transparenz des Trilog zu fördern**

Die europäische Bürgerbeauftragte Emily O'Reilly hat am 28. Mai 2015 eine Untersuchung zur Transparenz von "Trilog" eröffnet, in der Absicht die EU-Gesetzgebung insgesamt transparenter zu machen. Triloge sind informelle Verhandlungen zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission mit dem Ziel, ein frühes Einvernehmen zu EU-Gesetzesinitiativen zu erreichen.

[zum vollständigen Artikel](#)

### **Verhandlungen über die Verordnung über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) erfolgreich abgeschlossen**

Am 28. Mai 2015 teilte die Europäische Kommission mit, dass am frühen Donnerstagmorgen die Verhandlungen über die Verordnung über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI), das Herzstück der Investitionsoffensive für Europa, erfolgreich abgeschlossen wurden. Der Fonds wird damit am Ende des Sommers operativ, und es können Projekte mit ihm finanziert werden.

[zum vollständigen Artikel](#)

### **Urbane Dimension: EU-Strategie nimmt weitere Formen an**

Am 2. Juni fand die zweite europäische Konferenz „CITIES Forum 2015 – An Urban Agenda for Europe“ statt. Zugleich präsentierte die EU-Kommission erste [Konsultationsergebnisse](#), in denen die Urbane Agenda der EU weiter Form annimmt. Details zu den Fördermöglichkeiten im Rahmen der „[Innovativen Maßnahmen](#)“ wurden ebenfalls

bekanntgegeben. Vertreter der EU-Kommission und des Rats aber auch Interessengruppen (z.B. der [europäische kommunale Dachverband CEMR](#)) nutzten diese Plattform, um ihre Sicht einer Urbanen Agenda der EU darzustellen.

Es wurde zunehmend deutlich, dass die EU-Städteagenda nicht nur Großstädte und deren Herausforderungen betrifft. Es geht genauso um die kleinen und mittelgroßen Städte, mit dazugehörigem Umland. Die lokale Ebene solle insgesamt stärker in den Konsultationsprozess eingebunden werden, dazu gehöre auch, dass die kommunale Ebene als Teil des Staatsaufbaus respektiert werde, so ein Vertreter von EUROCITIES.

Übereinstimmung herrschte bei den Beteiligten darüber, dass keine weiteren Regelungen nötig seien, es vielmehr ausreiche, den bestehenden Rechtsrahmen zu straffen. Die Vielfalt der existierenden legislativen Maßnahmen und Empfehlungen sollte klarer strukturiert, gebündelt und übersichtlicher gestaltet werden.

Der Berichtsentwurf des Europäischen Parlaments sieht vor, einen EU-Sonderbeauftragten für Städtepolitik einzurichten. Dieser soll bei der praktischen Umsetzung die Koordinierung auf EU-Ebene überwachen, prüfen und mit Unterstützung der dienststellenübergreifenden Arbeitsgruppe der Kommission für Städteentwicklung eine systematische Folgenabschätzung der Politikvorschläge vornehmen. Auf diese Weise kann nach Ansicht der Parlamentarier der städtischen Dimension in der künftigen EU-Rechtsetzung in angemessener Form Rechnung getragen werden.

## **EU- Energieminister besprechen nächste Schritte zur Energieunion**

Die nächsten Schritte auf dem Weg zur Energieunion waren zentrale Themen des EU-Energieministerrats am 8. Juni 2015 in Luxemburg. Die Schwerpunkte wurden dabei auf die Rolle der Verbraucher sowie die Verbesserung des Investitionsklimas im Energiesektor gelegt.

Ziel der Strategie soll die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der EU gegen Schocks und Unterbrechungen der Energieversorgung sein. Längerfristig muss ihre Abhängigkeit von bestimmten Brennstoffen, Energielieferanten und Versorgungswegen verringert werden.

Die Minister stimmten darin überein, dass diversifizierte Versorgungswege, regionale Zusammenarbeit, die Gestaltung der Energiemärkte und die Entwicklung von Infrastrukturen zentrale Elemente der Energiepolitik der EU sind und die notwendigen Schritte hin zu einer Integration des Energiebinnenmarkts darstellen.

Die angenommenen Schlussfolgerungen können [hier](#) nachgelesen werden.

Der anstehende luxemburgische Ratsvorsitz wird über die Fortschritte auf dem Weg zur Energieunion noch vor Dezember 2015 berichten.

CEEPs Stellungnahme kann [hier](#) nachgelesen werden.

## **Aktionsplan für eine faire und effiziente Unternehmensbesteuerung in der EU**

Die Europäische Kommission hat einen Aktionsplan verabschiedet, um missbräuchlicher Steuergestaltung entgegenzuwirken, nachhaltige Einnahmen zu gewährleisten und das Geschäftsumfeld im europäischen Binnenmarkt

verbessern. Ziel ist es, die steuerlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen in Europa gerechter, effizienter und wachstumsfreundlicher gestalten.

[zum vollständigen Artikel](#)

## **Beschäftigung und soziale Lage: Daten des Quartalsberichts bestätigen die vorherigen positiven Entwicklungen**

Die neuesten Quartalsdaten bestätigen die vorherigen positiven Entwicklungen. Die Wirtschaft der EU setzt ihre leichte Erholung in allen EU-Ländern fort. Allerdings herrschen noch starke Kontraste zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten.

Die Beschäftigung in der EU, dem Euro-Währungsgebiet und den meisten EU-Ländern verbessert sich weiter und ist im Vergleich zum Vorjahr in fast allen EU-Ländern höher. Die meisten Sektoren tragen zu der beobachteten Verbesserung bei. Die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit geht in der EU, dem Euro-Währungsgebiet und in den meisten EU-Ländern, auch jenen, die sehr hart von der Krise betroffen waren und sehr hohe Arbeitslosenquoten verzeichneten, weiter zurück. Die Langzeitarbeitslosigkeit geht weiterhin leicht zurück und betrifft etwa 5 % der Arbeitskräfte.

Junge Menschen in der EU werden immer stärker in Beschäftigung oder Bildung und Ausbildung eingebunden. Die Beschäftigung für 15- bis 24-Jährige steigt und leistet im zweiten Quartal in Folge einen positiven Beitrag zu den Beschäftigungsquoten. Damit einher geht eine höhere Beteiligung in Bildung und Ausbildung und eine Verringerung der Zahl der Jugendlichen, die sich weder in Beschäftigung noch in Bildung oder Ausbildung (NEET) befinden.



## Stand zum Thema Freihandelsabkommen

---

### **Gemeinsame Erklärung zu den öffentlichen Diensten in TTIP**

*Pressemitteilung der Kommissarin Cecilia Malmström und des US-Handelsbeauftragten Michael Froman zu den öffentlichen Dienstleistungen im EU-US Freihandelsabkommen, 20. März 2015*

In einer gemeinsamen Presseerklärung zu den öffentlichen Dienstleistungen im Transatlantischen Freihandelsabkommen bestätigten Kommissarin Malmström und Botschafter Froman, dass das Abkommen Regulierungsfähigkeiten im Bereich Öffentliche Dienste nicht beeinträchtigen würden.

(Quelle: [EU-Kommission](#))

### **9. TTIP Verhandlungsrunde (20.-24. April 2015)**

Am 24. April 2015 ging die 9. TTIP Verhandlungsrunde in New York zu Ende. In einem offiziellen [Bericht der Kommission](#), erklärte der Verhandlungsführer der EU Kommission Ignacio Garcia Bercero, dass der Schwerpunkt der Verhandlungsrunde vor allem auf dem Zollabbau, der regulatorischen Zusammenarbeit, Handelserleichterungen für den Mittelstand, dem Agrarsektor sowie auf Energie- und Rohstofffragen lag.

Im Verhandlungsbereich Energie und Rohstoffe wurde der gegenseitige Marktzugang zu Energieinfrastruktur wie Pipelines und Stromnetzen sowie eine bessere Zusammenarbeit im Bereich der Energieeffizienz diskutiert.

Neue Vorschläge zu öffentliche Dienstleistungen sowie das umstrittene Investor-Staats-Schiedsverfahren werden voraussichtlich in der 10. Verhandlungsrunde besprochen. Diese wird vom 13. bis 17. Juli in Brüssel stattfinden.

### **EU-Parlamentarier fordern TTIP-Kontrollgremium**

Das Europaparlament bringt die Einrichtung eines permanenten parlamentarischen Kontrollgremiums für das umstrittene transatlantische Freihandelsabkommen TTIP ins Gespräch. Am Donnerstag stimmt der Handelsausschuss über eine Resolution zu TTIP ab – darin thematisieren die Abgeordneten auch den Investorenschutz.

"Ein permanentes parlamentarisches Kontroll- und Umsetzungsgremium soll eingerichtet werden", sagte der Berichterstatter im Europaparlament Bernd Lange am Dienstag in Brüssel. Bisher seien Handelsabkommen für die Volksvertreter mit der Unterschrift oft "abgehakt" – dies dürfe bei TTIP nicht der Fall sein, mahnte Lange.

Am Donnerstag stimmt der Handelsausschuss des EU-Parlaments über eine Resolution zu TTIP ab, die im Juni im Parlamentsplenum verabschiedet wird. Auch der Investorenschutz wird darin Thema sein. (Quelle: [EurActiv](#))

## Das Transatlantische Freihandelsabkommen und Kultur

Mit einem Aktionstag am 21. Mai 2015, der Tag der kulturellen Vielfalt, demonstriert der Deutsche Kulturrat gegen das Freihandelsabkommen TTIP. Die zentrale Frage ist hier, was für Auswirkungen TTIP auf die deutsche Kultur haben könnte. Vertreter des Kulturbereichs fordern, dass dieser aus den Verhandlungen genommen wird.

[zum vollständigen Artikel](#)

## CEEP setzt sich für „Positivliste“ in TTIP ein

Anlässlich der laufenden Verhandlungen zum Bericht des Europäischen Parlaments zu TTIP und den Abstimmungen sowohl im Handelsausschuss (28. Mai) sowie in der Plenarsitzung (9. Juni), unterstreicht CEEP die Wichtigkeit einer „Positivliste“ im Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) in einem [Brief](#) an die Abgeordneten des INTA Ausschusses. Es wird betont, dass es in den EU Mitgliedstaaten keine einheitliche Definition der „Public Services“ gibt und eine allumfassende Aufzählung aller Dienstleistungen von allgemeinem Interesse nicht möglich ist. Daher könne eine „Negativliste“ die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen negativ beeinträchtigen.

## Abstimmungen im Europäischen Parlament

Der Ausschuss für Internationalen Handel im Europaparlament hat am 28. Mai 2015 eine Resolution zu den laufenden TTIP-Verhandlungen verabschiedet. Die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform des Investorenschutzes ist eine der zentralen Aussagen der Resolution. Die Abgeordneten sprachen sich für ein neues System zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten, in dem unabhängige, öffentlich berufene Richter in transparenten Verfahren ihre Urteile fällen.

Die Resolution beinhaltet folgende Kernaussagen:

1. Private Schiedsstellen sind tot
2. Umfassende Arbeitnehmerrechte
3. Positivlistenansatz bei Marktzugang für Dienstleistungen → Hybrid List Approach
4. Daseinsvorsorge (u.a. Wasser, Gesundheit) grundsätzlich ausgenommen
5. Umfassender Datenschutz
6. Kulturausnahme → ausdrückliche Ausnahme der Audiovisuellen Dienste
7. Europäische Unternehmen sollen Euro-Betriebsräte in den USA einführen
8. Sicherung des Vorsorgeprinzips
9. Absicherung höherer Verbraucherschutzstandards
10. Regulatorische Kooperation darf nicht Gesetzgebung keiner Ebene unterlaufen u verlangsamen
11. Einhaltung des neuen Vergabepaket

Die ursprünglich für den 10. Juni geplante Abstimmung im Europaparlament wurde von Präsident Martin Schulz auf Grund von Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden größten Fraktionen zu ISDS auf die Juli-Sitzung verschoben. Ein neuer Vorschlag, das zurzeit bestehende System zur Beilegung von Investor-Staats-Schiedsverfahren auf eine neue, rechtsstaatliche Grundlage zu stellen wurde angenommen. Zukünftig sollen unabhängige Berufsrichter über diese Fälle in öffentlichen Anhörungen entscheiden; so soll mehr Transparenz geschaffen werden. Außerdem wird die Einführung eines Berufungsmechanismus vorgeschlagen. Im Mai hatte [Handelskommissarin Cecilia Malmström](#) bereits im Europäischen Parlament eine Verbesserung des Investor-Staats-Gerichtssystem angekündigt. Frau Malström sprach sich jedoch klar gegen das Herausnehmen von ISDS aus den Freihandelsabkommen mit Kanada und den Vereinigten Staat aus und schlug stattdessen eine tiefgreifende Modernisierung des Systems vor. Langfristiges Ziel soll die Einrichtung eines permanenten, internationalen Investitionsschiedsgerichtes sein.

